

Dr. Jörg Alt, Jesuitenmission, in 90402 Nürnberg (SO.0206.18)
- Bayernplan für eine soziale und ökologische Transformation
S1/0012.01-1/2027/1 -Arbeit-
6a-U8014.0-2020/77-2 -Umwelt-
21-3000/1892/2 -Wirtschaft-

Vorsitz: Thomas Huber (CSU)
Berichterstattung: Doris Rauscher (SPD)
Mitberichterstattung: Thomas Huber (CSU)

Vorsitzender Thomas Huber (CSU) stellt vor Beginn der Behandlung der Eingabe SO.0206.18 die einstimmige Zustimmung des Ausschusses dazu fest, bei der Behandlung der Eingabe die Zuschaltung der Petenten per Videokonferenztechnik zuzulassen (gemäß § 193a Absatz 3 der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags).

Abg. Doris Rauscher (SPD) trägt vor, die Petenten forderten eine sozial-ökologische Transformation im Freistaat. Dafür solle ein Konzept auf der Basis eines breit angelegten Dialogprozesses und einer parlamentarischen Anhörung entwickelt und auf Bundes- und Europaebene abgestimmt werden.

Das Anliegen erfahre breite Unterstützung, unter anderem durch Organisationen aus dem Bereich Migration und Asyl, durch Evangelische und Katholische Kirche, Umwelt- und Klimaschutzorganisationen, Kulturschaffende, soziale Vereine und Organisationen, darunter große Verbände wie AWO und Caritas, sowie Organisationen aus der Wissenschaft.

Krisen wie die Corona-Pandemie, der Klimawandel oder die Gefährdung der natürlichen Ökosysteme würden in der Petition benannt, und die Notwendigkeit der Solidarität gegenüber den Mitmenschen und nachfolgenden Generationen werde betont. Der Stopp wirtschaftlicher Aktivitäten, die für soziale und ökonomische Probleme verantwortlich seien, werde gefordert. Eine ökologischere und sozial gerechtere Wirtschaftsweise und ein Programm zum Umbau der Wirtschaft seien erforderlich. Auf die soziale und ökologische Infrastruktur werde Bezug genommen. Die Krise dürfe die

Armutsgefährdung nicht verschärfen. Auch der Bereich der Mobilität finde in der Eingabe Erwähnung.

Die Eingabe sei der Staatsregierung zur Würdigung bzw. zur Berücksichtigung zu überweisen. Den Petenten sei die Stellungnahme der Staatsregierung und ein Protokollauszug zu übersenden.

Vorsitzender Thomas Huber (CSU) dankt für die Initiative, die die bisherige Arbeit in und für Bayern wertschätze und dazu ansporne, die Gesellschaft weiterzuentwickeln. Das Engagement der Petenten und der Mitunterzeichnenden, die zu Recht die Bedeutung des laufenden Transformationsprozesses für die Gesellschaft betonten, werde begrüßt.

Die Alarmsignale der Zeit, die einander bedingten und verstärkten, seien in der Petition auf den Punkt gebracht worden. Der Klimawandel und das Artensterben würden benannt, ebenso die sozialen Ungleichheiten und der aktuell wachsende Populismus. Bundesentwicklungsminister Gerd Müller habe zum Tag der Erdüberlastung am 03.05.2020 die Corona-Krise als Weckruf an die Menschheit bezeichnet, mit Natur und Umwelt anders umzugehen. – Ein Auslöser der Pandemie liege im Raubbau an der Natur. Die Lektionen aus der Corona-Krise seien zu lernen, und es sei an den entscheidenden Stellen maßvoll umzusteuern.

Der Lösungsansatz der Petition sei ein Bayernplan für eine soziale und ökologische Transformation. Die Forderungen gingen mit den Zielvorstellungen der CSU-Fraktion und der Staatsregierung einher. Soziale Gerechtigkeit und die Lehren aus der Corona-Pandemie stünden oben auf deren Agenda. Man sei bereits mit Verbänden, Kirchen und Sozialpartnern sowie dem Bund in einem Dialogprozess, und in diesen Prozess könnten auch die Vorschläge der Petition einfließen. Im Rahmen und als Folge des Dialogs habe Bayern beispielsweise im Jahr 2020 ein eigenes Klimaschutzgesetz mit fast hundert konkreten Maßnahmen vorgelegt; dafür seien 700 Millionen Euro veranschlagt worden. Bayern habe seinen Treibhausgasausstoß gesenkt und werde ihn weiter senken. Das Ziel sei, bis 2050 klimaneutral zu werden.

Die soziale und ökologische Transformation sei ein tiefgreifender Prozess, der inzwischen elementarer Bestandteil des Diskurses auf allen politischen Ebenen sei. Dies spiegele sich im Aktionsplan Green Deal der Europäischen Union, im Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung sowie in dem bereits erwähnten Klimaschutzgesetz und der Einrichtung der Landesagentur für Energie und Klimaschutz wider. Alle Initiativen auf europäischer, Bundes- und Landesebene müssten sich im Sinne eines Gesamtkonzepts für eine nachhaltige Transformation eng verzahnen und ergänzen.

Die Einrichtung paralleler Prozesse oder Gremien könnte die effiziente Umsetzung des Transformationsprozesses konterkarieren. Darum sei die Einbindung der Petenten und ihrer Anliegen in den laufenden Dialogprozess sinnvoll. Die Mitwirkung am laufenden Prozess sei wertschöpfend und notwendig.

Die Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN plädierten dafür, die Eingabe der Staatsregierung zur Würdigung zu überweisen.

Petent P. Dr. Jörg Alt (Jesuitenmission) teilt mit, Vincent Gewert und Joachim Unterländer sprächen für die Initiatoren der Petition.

Petent Vincent Gewert (FridaysForFuture) betont, das Problem sei dringend. Die Zerstörung intakter Ökosysteme und die Klimakrise hätten eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung des Corona-Virus gespielt. Dies wisse man seit Beginn der Pandemie. Die Pandemie sei unter anderem eine Folge der Hyperglobalisierung der letzten Jahrzehnte. Sie treibe das Wirtschaftswachstum ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung oder die Ökosysteme an und übersehe dabei die natürliche Lebensgrundlage der Menschen.

Die bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der ökologischen Krise reichten bei Weitem nicht aus. Bayern müsse, entgegen den Plänen der Staatsregierung, schon in 15 Jahren klimaneutral sein und nicht erst in 30 Jahren, um seinen Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen zu gewährleisten. Klein-kleine Maßnahmen reichten nicht mehr aus. Ein systemübergreifender, einschneidender Wandel sei vonnöten, damit die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden könnten.

Corona sei ein Produkt der ökologischen Krisen, und Corona verschärfe die sozialen Krisen. Die Ungleichheit sei im letzten Jahr in Deutschland und weltweit massiv gestiegen, und die Ärmsten drohten zurückgelassen zu werden. Die Antwort auf diese doppelte Krise müsse der Größe der Fragen unbedingt gerecht werden. Die gegenwärtige Lebens- und Wirtschaftsweise müsse auf den Prüfstand gestellt und eine sozial-ökologische Transformation an allen Stellen durchgeführt werden. Dies sei kein Aufruf zum Verzicht, aber auch nicht zum "Weiter so". Die Transformation sei die notwendige Bedingung für eine lebenswerte Zukunft für alle.

Petent Joachim Unterländer (Landeskomitee der Katholiken) führt aus, die größten Herausforderungen weltweit und im Freistaat Bayern seien der Klimawandel und die soziale Gerechtigkeit. Die sozialen und ökologischen Themen müssten zusammen gedacht und im Sinne einer öko-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden; entsprechend sei zu handeln.

Als Landeskomitee der Katholiken, als Vertretung von Diözesanräten, katholischen Verbänden und Einzelpersonlichkeiten sehe man in den päpstlichen Enzykliken "Laudato si" und "Fratelli tutti" wichtige Grundlagen der christlichen Soziallehre, die wesentlich zur Entwicklung des Wohlstands im Land beigetragen hätten. Das müsse auch die Grundlage für die öko-soziale Transformation sein.

Die Petition sei von unterschiedlichen Organisationen wie der Nürnberger Jesuitenmission, FridaysForFuture, dem Bund für Umwelt und Naturschutz sowie dem Landeskomitee der Katholiken gemeinsam eingebracht worden. Der Bayerische Landtag solle sich mit dem wichtigen Thema inhaltlich weiter auseinandersetzen und auf Landesebene einen Dialog führen, ob im vorhandenen oder in einem eigenen Prozess. Zivilgesellschaft und Politik müssten gemeinsam handeln.

Um positive Würdigung der Petition werde gebeten.

Vorsitzender Thomas Huber (CSU) spricht sich dafür aus, die Vorschläge aus der Petition in den laufenden Dialogprozess einzubinden.

Abg. Eva Lettenbauer (GRÜNE) begrüßt die breit getragene Eingabe. Diese sei zur Berücksichtigung an die Staatsregierung zu übersenden.

Die Eingabe sei ein starkes Signal für mehr Klimaschutz und ein besseres soziales Miteinander. Die Fraktion der GRÜNEN stehe rundum hinter den Forderungen der Petition und setze sich schon seit Jahren für den sozial-ökologischen Umbau ein. Dass die Petenten den Landtag aufforderten, die sozial-ökologische Transformation im Freistaat zu verwirklichen, sei richtig.

Das Voranschreiten der Klimakrise sei fatal. Schnelligkeit und echtes Handeln in Bezug auf den Klimaschutz seien wichtig. Sie, Frau Lettenbauer, wolle für den dringenden Handlungsbedarf zwei Beispiele nennen: Erstens "schlafe" der Ausbau erneuerbarer Energien in Bayern, insbesondere der Windkraft, wegen der Staatsregierung; dabei müsste es das dringende Ziel sein, die Gewinnung erneuerbarer Energien beispielsweise im Strombereich bis 2030 zu gewährleisten. Zweitens verdiene das angesprochene Klimaschutzgesetz der Staatsregierung den Titel nicht. Es bleibe unverbindlich. Kaum ein anderes Gesetz sei so kritisiert worden, auch von vielen Experten und Verbänden; dennoch sei es unverändert geblieben.

Die GRÜNEN-Fraktion mache sich für konkrete Klimaziele in Bayern in den Bereichen Strom, Wärme, Verkehr und Industrie stark. Die Petentinnen und Petenten machten als breite Verbände noch einmal deutlich, dass die aktuellen Maßnahmen nicht reichten.

Die soziale Transformation müsse mit Nachdruck vorgebracht werden. Soziale Ungerechtigkeit zeige sich beispielsweise darin, dass 320.000 Menschen zwischen 18 und 25 Jahren in Bayern von Jugendarmut betroffen seien. Frauen würden immer noch schlechter bezahlt; das "Gender Pay Gap" sei mit 22 % in Bayern noch schlechter als im Bundesdurchschnitt mit 18 %.

Vorsitzender Thomas Huber (CSU) weist die Äußerungen von Frau Lettenbauer, in Bayern geschehe nichts, zurück. Die Petition setze dort auf, wo die Bayerische Staatsregierung, auch im Umweltbereich, auf einem sehr guten Weg sei. Man könne das Thema an dieser Stelle nicht ausdiskutieren und solle den guten Ansatz der Petition nicht in ein falsches Licht rücken.

Abg. Ulrich Singer (AfD) ist der Ansicht, in der Eingabe würden wichtige Themen angesprochen. Man könne und müsse vieles immer weiter verbessern, beispielsweise im Bereich der Nachhaltigkeit. Die Ressourcen seien beschränkt. Die AfD setze sich als konservative Bürgerpartei dafür ein, das Land und die gesamte Erde über Generationen hinweg lebenswert zu erhalten. Allerdings werde die AfD sich niemals einer Klimareligion anschließen, bei der es nur darum gehe, CO₂ einzusparen. Das Klima als solches könne man nicht retten; fraglich sei auch, inwieweit der Mensch darauf Einfluss habe. Die einseitige Ausrichtung darauf, den Treibhausgasausstoß zu reduzieren oder gar auf null zu bringen, sei eine völlig falsche Ausrichtung.

Man lebe in einer sozialen Marktwirtschaft, die seit Jahren sehr ökologisch ausgerichtet sei und in der sich viel getan habe. Mit einer Zustimmung zur Petition in Form einer Würdigung oder Berücksichtigung würde man in Richtung eines Ökosozialismus gehen, den man nicht unterstützen könne.

Die Petition enthalte Widersprüche: Einerseits werde gefordert, man müsse umdenken und dürfe nicht einfach zu einer Normalität der Globalisierung zurückkehren. Andererseits werde festgestellt, eine Abschottung sei in einer Welt der globalen Wechselwirkungen untauglich.

Der Eingabe sei nicht Rechnung zu tragen.

Abg. Doris Rauscher (SPD) spricht sich abschließend dafür aus, die Eingabe zur Würdigung an die Staatsregierung zu überweisen. Die Petition und die Gewinnung weiterer Unterstützer sei sehr gut gelungen. Der Bayernplan mit dem breiten gesellschaftlichen Bündnis solle der sozial-ökologischen Transformation in Bayern Flügel verleihen.

(Die Empfehlung des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD), der Eingabe nicht Rechnung zu tragen, wird mit den Stimmen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP gegen die Stimmen der AfD abgelehnt.)

Beschluss:

Die Eingabe wird der Staatsregierung zur Würdigung überwiesen.

Den Petenten sind die Stellungnahme der Staatsregierung und ein Protokollauszug zu übersenden.

(gegen die Stimmen der AfD, im Übrigen einstimmig)

